

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : I 35

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel I-35: Delegierte Verordnungen

(1) In Europäischen Gesetzen und Rahmengesetzen kann der Kommission die Befugnis übertragen werden, delegierte Verordnungen zur Ergänzung oder Änderung bestimmter nicht wesentlicher Vorschriften des betreffenden Gesetzes oder Rahmengesetzes zu erlassen.

In den betreffenden Gesetzen und Rahmengesetzen werden Ziele, Inhalt, Geltungsbereich und Dauer der Übertragung ausdrücklich festgelegt. Für die wesentlichen Vorschriften in einem Bereich ist eine Übertragung ausgeschlossen. Diese sind dem Gesetz oder dem Rahmengesetz vorbehalten.

(2) In diesen Gesetzen oder Rahmengesetzen wird ausdrücklich festgelegt, unter welchen Bedingungen eine Übertragung vorgenommen werden kann. Dabei bestehen folgende Möglichkeiten:

- Das Europäische Parlament oder der Rat können beschließen, die Übertragung zu widerrufen.
- Die delegierte Verordnung kann nur in Kraft treten, wenn das Europäische Parlament oder der Rat innerhalb der im Gesetz oder Rahmengesetz festgelegten Frist keine Einwände erheben.

Für die Zwecke von Unterabsatz 1 beschließt das Europäische Parlament mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder und der Rat mit qualifizierter Mehrheit.

Abweichend hiervon können für bestimmte Bereiche besondere Verfahren vorgesehen werden; diese müssen den Grundsätzen und Regeln entsprechen, die zuvor von dem Europäischen Parlament und vom Rat nach dem Gesetzgebungsverfahren angenommen werden.

Explanation (if any) :

Nach der jetzigen Formulierung von Art. 35 und 36 wäre die schnelle Verabschiedung der notwendigen Gesetzgebung im Finanzdienstleistungssektor (Lamfalussy-Verfahren)

gefährdet. Durch Ergänzung von Art. 35 Abs. 2 sollte sichergestellt werden, dass die in einem schwierigen Kompromiss auf EU-Ebene zur Beschleunigung der Rechtsetzung beschlossenen besonderen Verfahren im Finanzdienstleistungssektor weiterhin gelten.

Anmerkung: Die für bereits verabschiedete Richtlinien vorgesehenen Lamfalussy-Verfahren sollten in vollem Umfang anwendbar bleiben. Das in Art. IV-2 vorgesehene Protokoll zum Verfassungsvertrag sollte für diese Regelungen sowie für die Entschließung des Rates von Stockholm vom März 2001 in Verbindung mit dem Beschluss des ECOFIN-Rats vom 3.12.02 einen Bestandsschutz vorsehen.